

Eine Allianz aller Parteien will die Metall-Industrie retten

Stahl aus der Schweiz ist nicht mehr konkurrenzfähig. Nun startet das Parlament eine Rettungsaktion.

Stefan Bühler

Roberto Zanetti hat schon als Gemeindepräsident für das Überleben des Stahlwerks Gerlafingen gekämpft. Jetzt, als Solothurner Ständerat, tut es der Sozialdemokrat wieder. Diesmal mit einer Verbündeten vom anderen Ende des politischen Spektrums, mit SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr (TG).

Die beiden haben in der soben zu Ende gegangenen Session im National- und im Ständerat zwei exakt gleichlautende Vorstösse eingereicht. Zentrale Forderung: Der Bundesrat soll sicherstellen, dass die Schweizer Metallindustrie gegenüber ihrer Konkurrenz aus der EU nicht benachteiligt wird. Es gehe um die Sicherung des Produktions- und Recyclingstandorts, heisst es in der Motion: «Gleich lange Spiesse müssen herrschen, und die Wertschöpfungskreisläufe in der Schweiz gesichert werden.»

Das Anliegen stösst auf ungewöhnlich breite Zustimmung: Im Ständerat haben 29 Mitglieder aus allen Parteien die Motion unterzeichnet – die Mehrheit des Rats also. Im Nationalrat sammelte Gutjahr 17 Unterschriften. Mit dabei sind vier Parteichefs: Gerhard Pfister (Mitte), Cédric Wermuth (SP) und Jürg Grossen (GLP) – und Marco Chiesa (SVP) aus dem Ständerat.

Bundesrat zögert mit Interventionen

Für Ständerat Zanetti geht es um eine «Überlebensfrage der stromintensiven Industrie». Konkret um Stahl- und Aluwerke sowie Giessereien. Diese sind wegen steigender Strompreise sowie der politischen Reaktio-



Zukunft ungewiss: Weil die europäische Konkurrenz staatlich unterstützt wird, ist das Stahlwerk Gerlafingen «akut gefährdet».

Bild: Michel Lüthi

nen der EU-Staaten in Bedrängnis geraten.

«Alle wichtigen Vergleichsmärkte haben die Energie- und Gaspreise gedeckelt oder subventioniert», sagt Andreas Steffes vom Verband «metal. suisse». Die Schweiz tat das nicht. Die Konkurrenz im EU-Raum profitiert somit von tieferen Energiekosten. Zusätzlich erhält sie grosszügige Subventionen für den Umbau hin zur Klimaneutralität im Rahmen des europäischen «Green-Deal». Laut Steffes bezahlt Frankreich bis 50 Prozent an die für die Dekarbonisierung der Stahlwerke nötigen Investitionen.

«Obwohl unsere Stahl- und Aluwerke profitabel arbeiten, sind sie damit nicht mehr konkurrenzfähig», erklärt der Verbandsfunktionär. Während lange die Faustregel galt, dass in der Schweiz Personal, Material und Energieverbrauch je einen Drittel der Betriebskosten ausmachen, beläuft sich der Energiekostenanteil hierzulande in den letzten Monaten auf 60 Prozent und mehr. Das führe zu «dramatisch gesunkenen Margen, welche nun ein Niveau erreicht haben, dass die Schweizer Hersteller ihre Produktions- und Lohnkosten nicht mehr decken können», sagt Steffes. Damit sei das Metallrecycling in der

Schweiz, vor allem die Stahlproduktion, «akut gefährdet».

Das stelle versorgungs- und verkehrstechnisch wie auch umweltpolitisch ein grosses Risiko dar: «In Gerlafingen werden pro Jahr gegen eine Million Tonnen Schrott wiederverwertet», sagt Zanetti. «Schliesst das Werk, müsste dieser ganze Schrott ins Ausland transportiert und sämtlicher in der Schweiz benötigte Stahl importiert werden.» Komme hinzu, dass die Schweizer Werke dank viel Strom aus Wasserkraft und der Konzentration auf die Aufbereitung von Altmetall schon heute zu den sauberen in Europa zählen: «Die Verlagerung des Recyclings ins Aus-

land wäre eine Dummheit sondergleichen.»

Und vermutlich in kurzer Frist gar nicht möglich, wie Gutjahr erklärt: «Weder bei der Bahn noch auf der Strasse besteht die nötige Transportkapazität.» Sie verweist auf einen Engpass im letzten Februar: Da habe sich gezeigt, dass die EU-Partner der SBB «die notwendige Logistikleistung auf der Schiene derzeit gar nicht erbringen können». Es drohen also Lieferengpässe, «die auch die Baubranche, die sehr viel Stahl verbaut, betreffen und lahmlegen könnten», sagt Steffes: «Die grossen Stahlwerke, so auch jenes in Gerlafingen, sind als Basisindustrie, von der andere Branchen abhängen, klar too big to fail.» Sie seien aus volkswirtschaftlicher Sicht zu bedeutend und dürften nicht untergehen.

Zusätzliche Belastung statt Entlastung

Doch was soll denn der Bund, namentlich Wirtschaftsminister Guy Parmelin, konkret unternehmen? «Wir brauchen einen Green-Deal», sagt dazu Steffes vom Verband der Metall-Branche. Das seien nicht einfach Subventionen an den Betrieb der Unternehmen: Derzeit würden stromintensive Unternehmen statt entlastet zum Beispiel mit der Erhöhung der Netzaufgabe, aus der die Energiewende finanziert wird, zusätzlich belastet. «Der Bund muss jetzt kurzfristig das Überleben der Unternehmen sichern und mittelfristig die Rahmenbedingungen schaffen, damit Investitionen in die Dekarbonisierung der Branche auch in der Schweiz attraktiv sind und sich langfristig auszahlen», fordert Gutjahr.

Die Lösung des Bundesrätsels



Das Lösungswort des Kreuzworträtsels zur Bundesratswahl heisst KONKORDANZ. Die Antworten zu allen Fragen finden Sie online auf unserer Website. Scannen Sie dafür den QR-Code. Er führt direkt zur Lösung. Der Gewinner der Verlosung wurde bereits benachrichtigt und hat sein Online-Abo fürs nächste Jahr verlängern können.

Kinderspitäler: Alain Berset soll mit Tarifen helfen

Gesundheitswesen Momentan werden die Schweizer Kinderspitäler von Notfällen überannt. Gleichzeitig leiden sie unter finanziellen Problemen. Denn wegen des bisherigen Tarifsystems Tarmed sind die Kinderspitäler unterfinanziert. «Die Tarife berücksichtigen die Tatsache zu wenig, dass die Behandlung von Kindern deutlich aufwendiger ist als diejenige von Erwachsenen», sagt GDK-Präsident Lukas Engelberger in einem Interview mit dem «Sonntags-Blick». Tarmed sei «veraltet».

Für ihn ist daher klar: «Das neue Tarifsystem Tardoc könnte die Situation der Kinderspitäler stark verbessern.» Allerdings verzögere sich dessen Einführung, weil sich die Tarifpartner nicht auf eine gemeinsame Lösung verständigen würden. Die Konsequenz: Die Kantone geben jedes Jahr «Dutzende Millionen» aus, um die Kinderspitäler zu unterstützen. «Aus Sicht der Kantone kann es kein Dauerzustand sein, dass sie jedes Jahr in die Bresche springen und Subventionen für ambulante Leistungen zahlen.» Engelberger fordert daher den Bundesrat auf zu reagieren. Obwohl das neue Tarifsystem «noch nicht perfekt» ist, soll er Tardoc genehmigen. (abi)

Solaroffensive: Bei der Umsetzung hapert es

Kantone und Verbände üben Kritik an der Verordnung des Bundesamts für Energie.

Chiara Stäheli

Die Bestimmungen seien zu lasch, die Kriterien für Vergütungen zu unpräzise, gewisse Formulierungen gar widersprüchlich: Die Verbände halten sich mit Kritik an den vom Bund erarbeiteten Verordnungsänderungen für die geplante Solaroffensive nicht zurück.

Worum geht es? Um mehr inländischen Winterstrom zu produzieren, hat das Parlament in der Herbstsession eine Gesetzesänderung verabschiedet, die erlauben soll, dass grosse Photovoltaikanlagen in den Bergen möglichst schnell gebaut werden können. Die erleichterte Bewilligung solcher Projekte gilt allerdings nur so lange, bis die Photovoltaikgrossanlagen in der Schweiz jährlich eine Gesamtproduktion von maximal zwei Terawattstunden erreichen.

Welche Bestimmungen dabei konkret gelten sollen, hat das Bundesamt für Energie (BFE) im Rahmen einer Verordnungsänderung vor knapp zwei Wochen publik gemacht. Bis am Freitag konnten interessierte Kreise Stellung nehmen. Während die Kantone mit dem Vorschlag «mehrheitlich einverstanden» sind und die Energiedirektorenkonferenz nur einzelne Details kritisiert, üben diverse Verbände grundsätzliche Kritik an der Art, wie die Solaroffensive umgesetzt werden soll.

So etwa der Fachverband Swissolar. Geschäftsführer David Stichelberger sagt, es brauche «dringend Anpassungen in der Verordnung, um die vom Parlament gewünschte Solaroffensive Wirklichkeit werden zu lassen». So fehle in der Verordnung etwa eine Bestimmung, die es ermöglichen würde, dass

nicht nur die Solaranlagen selbst, sondern auch die Netzanschlüsse vereinfacht und damit schneller bewilligt werden. Denn unter Umständen könne dieser Prozess mehrere Jahre dauern. Zudem erachtet Swissolar die «fixe Schwelle» von zwei Terawattstunden und deren Berechnung auf der Grundlage der bereits in Betrieb genommenen Anlagen als «grundsätzlich unbefriedigend, da sie zu grossen Planungsunsicherheiten führt», so Stichelberger. Swissolar appelliert deshalb an die Verwaltung, diese Schwelle «grosszügig zu handhaben». Diese Forderung unterstützen auch die Kantone.

In eine andere Richtung zielt die Kritik der Stiftung Landschaftsschutz. Geschäftsleiter Raimund Rodewald stört sich daran, «dass wesentliche Fragen – gerade auch zur Umwelt-

verträglichkeitsprüfung – nicht beantwortet werden». Gerade, weil die Bewilligung solcher alpiner Grossanlagen für die Kantone Neuland sei, brauche es klare Kriterien, wie die Interessenabwägung zwischen Umweltschutz und Energieproduktion vonstattengehen müsse. Zudem hält Rodewald den Ansatz des BFE, wonach die Bewilligungen nach dem Eingang der Anmeldungen erteilt werden, für falsch: «Ziel muss sein, dass jene Projekte umgesetzt werden, welche die geringsten Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft haben.»

Anlagen in bereits erschlossenen Gebieten

Auch die Schweizerische Energienstiftung (SES) bemängelt die fehlenden Zulassungskriterien: «Der Bundesrat unterlässt es, die Kosten für den Bau und die

Erschliessung einer Anlage als Kriterium für die Bewilligung zu berücksichtigen.» Und das, obwohl es für alle Sinn machen dürfte, die Anlagen dort zu bauen, wo es bereits Strassen, Seilbahnen und Stromleitungen gebe.

Umstritten ist auch, welchen Anteil an der geplanten Gesamtleistung die alpinen Solaranlagen bis Ende 2025 mindestens erbringen müssen, damit sie von der finanziellen Unterstützung durch den Bund profitieren können. Sowohl die SES als auch die Stiftung Landschaftsschutz fordern mindestens 30 Prozent, gemäss Bund sollen es 10 Prozent sein, und die Kantone finden selbst das zu viel.

Das BFE muss also noch einmal über die Bücher – und zwar zügig. Schliesslich sollen die Verordnungsänderungen am 1. März 2023 in Kraft treten.

Lotto

Schweizer Zahlenlotto

10, 14, 19, 35, 39, 40 Glückszahl: 5
Replay-Zahl: 11 Jokerzahl: 0 4 2 8 5 7
17.12.2022

Deutsches Zahlenlotto

1, 3, 37, 42, 44, 45 Super 6: 17 4 1 6 8
Superzahl: 3 Spiel 77: 4 8 8 8 9 6
17.12.2022

Österreichisches Zahlenlotto

5, 11, 27, 28, 39, 44 Zusatzzahl: 36
Joker: 2 2 8 2 0 1
18.12.2022

Euromillions

2, 15, 19, 35, 44 Sterne: 2, 7
2. Chance: 2, 18, 27, 35, 39
Super-Star: M 5 4 4 T 16.12.2022
Alle Angaben ohne Gewähr